



Ihre Meinung brachten die Mitglieder des Regionalbauernverbandes (RBV) Bautzen-Kamenz deutlich auf den Punkt. Sätze wie „Kappung und Degression ruinieren die ländliche Region“ oder „Frau Aigner, vergessen Sie die Lausitzer Landwirte nicht!“ standen auf den Transparenten, die sie im Versammlungsraum auf Schloss Nedaschütz aufgestellt hatten. Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Maria Michalk wurde hier am 14. Juni Ilse Aigner empfangen – und der Bundesagrarministerin wollten die Landwirte einiges mit auf den Weg gegeben.

Einschnitte gefährden Arbeitsplätze

So warnte Werner Friebe, Vorsitzender des RBV Bautzen-Kamenz, vor dem Trugschluss, mittels Kappung und Degression würden kleine Landwirtschaftsbetriebe an die Stelle der in Ostdeutschland überwiegenden Großbetriebe treten. Das Gegenteil sei der Fall, denn der Traum vom „50-ha-Familienbetrieb, in dem drei Generationen leben und arbeiten“ habe mit der Realität nichts zu tun. „Es gibt heute kaum jemanden, der so etwas machen will“, meinte Friebe. Vielmehr werde die Folge sein, dass Großbetriebe mit Extensivierungen und der Aufgabe der Tierproduktion reagieren müssten, was unweigerlich den Verlust von Arbeitsplätzen nach sich ziehen würde. Darüber hinaus stünden schon Investoren bereit, die die Landwirtschaftsflächen übernehmen wollen, sollten durch Kürzung der Direktzahlungen Betriebe in Schwierigkeiten geraten. „Dann entstehen hier Strukturen, die wir nicht wollen“, so der RBV-Vorsitzende, der zudem auf den drastischen Bevölkerungsverlust von 20 % hinwies, den der Landkreis Bautzen seit 1990 hinnehmen musste. Würden in der Landwirtschaft weitere Arbeitsplätze abgebaut, hätte dies auch Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum Ost Sachsens.

Gerade für Betriebe auf schwachen Standorten wären Einschnitte bei den Direktzahlungen besonders schmerzlich. Darauf machte Claudia Mönch, Geschäftsführerin der Landwirtschaftlichen Produktions- und Handelsgesellschaft Bergen in der Nähe von Hoyerswerda, aufmerksam. Der Betriebswirtschaftler auf sandigen Böden und mit geringen Jahresniederschlagssummen. „Von Markterträgen können wir nicht leben“, sagte sie. Man sei auf die

Appell an Aigner

Bei einem Besuch der **Bundesagrarministerin in der Lausitz** warnten Landwirte vor den Folgen von Kappung und Degression für die Region und forderten sie auf, entschieden gegen größenabhängige Kürzungen der Direktzahlungen einzutreten.



Ilse Aigner versicherte, gegen Kappungspläne anzukämpfen. Werner Friebe (2. v. l.) hatte die Ministerin vor den Folgen betriebsgrößenabhängiger Kürzungen der Direktzahlungen gewarnt. FOTO: KARSTEN BÄR

Veredlung durch Milchproduktion angewiesen. Dies bedeute aber, dass man auf Zahlungen angewiesen sei, unter anderem auf die Ausgleichszulage für benachteiligtes Gebiet und auf Investitionsförderung.

Sicherheitsnetz gegen Politikversagen

Drastische Folgen erwartet auch SLB-Hauptgeschäftsführer Dr. Jörg Hilger, würde die Kappung von Direktzahlungen Realität werden. Die betroffenen Betriebe in Sachsen würden von bisher erhaltenen 180 Mio. Euro rund 109 Mio. verlieren. „Damit stehen 5 000 Arbeitsplätze auf dem Spiel“, rechnete der Hauptgeschäftsführer der Ministerin vor und bat sie: „Bleiben Sie standhaft!“ Ließen sich Kappung und Degression in der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nicht verhindern, „brauchen wir ein Sicherheitsnetz gegen Politikversagen“, drückte es Hilger pointiert aus und forderte: „Dann muss die Anrechnung der Kosten für Arbeitskräfte auf die Kappung obligatorisch werden.“

Ilse Aigner versicherte, dass die Bundesregierung Kappung und Degression ablehne. „Wir kämpfen dagegen“, betonte die Bundesministerin. Sie verwies auf die Positionierung der europäischen Agrarminister zur GAP, nach der die betriebsgrößenabhängige Minderung als fakultativer Bestandteil der Reform in nationale Hand gegeben werden soll. Die Anrechnung der Lohnkosten auf die

Kappung sei dabei allerdings „in letzter Sekunde rausgekehrt“ worden. Zugleich machte sie deutlich, dass die fakultative Kappung dem Willen des Europäischen Parlaments entgegenstehe. Die höhere Förderung der ersten Hektar eines Betriebes könnte ein Ansatz sein, zu einem Kompromiss zu finden. „Ob es gelingt, kann ich nicht sagen“, räumte Aigner ein.

Doch nicht nur Fragen der EU-Agrarförderung bewegen die Landwirte in der Lausitz. Angesprochen wurde unter anderem auch die zunehmende Kritik an Biogasanlagen, nachdem sie vor einigen Jahren noch als Heilsbringer für Klima und Umwelt gegolten hatten. Hierzu sprach sich Ilse Aigner für Biogas als grundlastfähigem Energieträger aus. Im Gegensatz zu anderen erneuerbaren Energien, wie Wind- und Solarenergie, sei Biogas speicherfähig und sollte, so die Ministerin, als sinnvolle Komplementärenergie genutzt werden.

Klischees prägen Bild von Tierhaltung

Auf den nach wie vor ungebremsten Flächenverzehr machte der Geschäftsführer des RBV Bautzen-Kamenz die Ministerin aufmerksam – und bat Ilse Aigner stellvertretend für die Politik, dieser Entwicklung mit wirksamen Maßnahmen entgegenzutreten.

Immer neue Verschärfungen der Vorschriften in der Tierhaltung beklagte Monika Srocka, Geschäftsführerin der Sauen-

zuchtanlage Nebelschütz. Durch Vorstöße wie den Filtererlass in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen würden immer wieder neue Hürden für Schweinehalter geschaffen. Damit werde dem Strukturwandel weiter Vorschub geleistet, warnte Monika Srocka, denn die Vorschriften könnten nur in größeren Beständen wirtschaftlich umgesetzt werden. Es sei ein Irrglaube, dass mit weiteren Vorschriften etwas Positives bewirkt werde.

Stattdessen würden regionale Kreisläufe zerstört. Monika Srocka forderte: „Politik sollte fachlich fundiert gemacht werden, um solche Fehlentwicklungen zu vermeiden!“

Eine Einschätzung, der die Ministerin folgte: „Ich gebe Ihnen recht“, sagte sie. Verschiedene Verordnungen würden das Gegenteil dessen nach sich ziehen, was eigentlich erreicht werden sollte. Aus ihrer Sicht sei in Sachen Tierschutz viel erreicht worden. „Ich kenne es noch, wie früher Kühe gehalten wurden.“ Man sei heute auf einem viel besseren Stand. Jedoch passe die Art der Haltung nicht ins Klischee, das in erster Linie von Werbebotschaften geprägt sei. Aus diesem Grund habe sie die Charta für Landwirtschaft und Verbraucher ins Leben gerufen, um verschiedene Gruppen an einen Tisch zu bringen. Aigner meinte zudem, dass die Landwirtschaft von den Grünen als politisches Kampffeld genutzt werde. Mitunter arbeiteten sie auch mit falschen Aussagen, die unkritisch von der medialen Öffentlichkeit aufgegriffen würden.

Dass der gesellschaftliche Druck auf die Tierhaltung wächst, wurde aber auch im Vorfeld der Veranstaltung deutlich. Einwohner der Region nutzten den Besuch Ilse Aigners, um gegen einen geplanten Geflügelstall mit 100 000 Plätzen in Kubschütz zu protestieren. „Stoppt diesen Wahnsinn“ – auch solche Transparente waren in Nedaschütz zu lesen.

KARSTEN BÄR

Landwirtschaft im benachteiligten Gebiet – Notwendigkeit von Beihilfen – Wettbewerb und Folgen

Standpunkt von Claudia Mönch, Geschäftsführerin und Gesellschafterin der „Landwirtschaftliche Produktions- und Handels GmbH und Co. KG Bergen“ in 02979 Elsterheide

Steckbrief:

GmbH & Co. KG als Muttergesellschaft (Besitz- und Verwaltungsgesellschaft) von 3 Landwirtschaftsbetrieben mit Pflanzenbau, 2 Milchviehanlagen und einer Mutterkuhherde (insgesamt 530 Kühe plus Nachzucht),

40 feste Mitarbeiter, 40 Saisonarbeitskräfte (Spargel)

Flächennutzung: 2.344 ha LN (Bergen – 1207 ha, Bluno – 768 ha, Sprewitz – 369 ha)

Kulturen: Getreide 39 % der LN, davon 74 % Winterroggen, 12 % der LN Silomais

Boden: Grundwasserferne Sandstandorte mit Ø 21 Bodenpunkten, Frühsommertrockenheit, 550 -600 mm Niederschlag, bergbaubeeinflusstes Gebiet in der Lausitz um Hoyerswerda

Beihilfen:

Betriebsprämie + Ausgleichszulage benachteiligtes Gebiet+ freiwillige

Agrarumweltmaßnahmen:

448 €/ha (Ø 2010-2012)

Gewinn aller drei Landwirtschaftsbetriebe vor Steuern (Personalkosten bereits abgezogen):

111 €/ha (2012)

Thesen:

Wir benötigen auch künftig die Beihilfen in voller Höhe. Es darf keine Kappung wegen der Betriebsgröße geben. Dieser Wettbewerbsnachteil wäre für uns nicht zu verkraften. (siehe Differenz zwischen Beihilfenhöhe und Gewinn). Damit verabschiedeten wir uns von der flächendeckenden Landwirtschaft.

Aufgrund unserer natürlichen Benachteiligung ist unser Produktionsspektrum eingeschränkt. Wir sind auf die Veredlung (bei uns durch die Milch) angewiesen. Von den Erträgen der Marktfrüchte allein können wir nicht existieren.

Ohne Fortführung der Beihilfen in ähnlicher Höhe und ohne adäquate investive Förderung in die Tierhaltung müssten wir unsere Viehhaltung aufgeben. Damit gingen weitere ca. 20 Arbeitsplätze im strukturschwachen ländlichen Raum verloren.

Mit 0,4 Großvieheinheiten je Hektar liegen wir bereits unter dem Durchschnitt von Sachsen und bei nur einem Drittel von Deutschland.

Wir müssen dringend in unsere 40 Jahre alte Stallsubstanz investieren – leider kam über das Warten auf die behördlichen Genehmigungen das Fördermittelaus in Sachsen dazwischen. Wenn die Kuh aus dem Produktionskreislauf verschwunden ist, ist das in den meisten Fällen für immer.

Können wir es uns angesichts der weltweiten Ressourcenverknappung leisten, ganze Landstriche (in unserem Regionalbauernverband liegen 40 % der Fläche im benachteiligten Gebiet) künftig mehr oder weniger brachliegen zu lassen? Wer erbringt dann die Gemeinwohlleistungen für die Gesellschaft?